



NEUDRUCK

Hauptausschuss

11. Sitzung (öffentlich)

27. April 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:03 Uhr bis 12:45 Uhr

Vorsitz: Klaus Vossemer (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 7

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 5, 7 und 8 heute nicht zu behandeln.

1 **Ausblick auf das Jahresprogramm der Landeszentrale für politische Bildung *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* 8**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

- 2 Verfassungsschutzbericht 2022** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **17**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1090
vgl. auch Vorlage 18/1104
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 3 Prüfung virtueller Automatenspiele durch die Gemeinsame Glücksspielbehörde der Länder** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 2]*) **30**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1155
- keine Wortbeiträge
- 4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den „Westdeutschen Rundfunk Köln“ (WDR-Gesetz)** **31**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3644
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, sich an einer Anhörung im federführenden Ausschuss nachrichtlich zu beteiligen.
- 5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen** **32**
- Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/3645
- wird nicht behandelt

- 6 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Stiftungsgesetz NRW – StiftG NRW) 33**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1921
- Stellungnahme 18/374
Stellungnahme 18/377
Stellungnahme 18/384
Stellungnahme 18/386
Stellungnahme 18/398
Stellungnahme 18/399
Stellungnahme 18/401
- Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4143
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache auf seine nächste Sitzung am 11. Mai 2023 zu vertagen.
- 7 Opferrechte stärken: Koordinierung schaffen und Aufarbeitung von Missbrauchstaten unabhängig und ohne Einflussnahme ermöglichen! 38**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1691
- Ausschussprotokoll 18/176
- wird nicht behandelt
- 8 „Heißer Herbst“: Hilfe gegen Hass und Hetze 39**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/1666
- wird nicht behandelt

- 9 Herabsetzung des Wahlalters bei Landtagswahlen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **40**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1121
- Wortbeiträge
- 10 Härtefallfonds für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **41**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1114
- Wortbeiträge
- 11 Sachstand bei Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*) **42**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1156
- In Verbindung mit:
- 12 Sachstand bei der Digitalisierung des Rechtsetzungsprozesses** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1]*)
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1157
- Wortbeiträge
- 13 Gesetz zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Vereinigung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts, und der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Anstalt des öffentlichen Rechts, zur LBS Landesbausparkasse NordWest, Anstalt des öffentlichen Rechts, und über die LBS Landesbausparkasse NordWest und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung** **43**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3482 (Neudruck)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und sie im Rahmen einer Sondersitzung auszuwerten.

14 Verschiedenes (*Terminplanung 2024 s. Anlage 3*)

44

Der Ausschuss nimmt die Änderung des Bedarfstermins vom 17. August 2023 auf den 10. August 2023 sowie die in der Tischvorlage dargestellte Terminplanung für das Jahr 2024 zur Kenntnis.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion, voraussichtlich im Zeitraum vom 8. Juli bis zum 13. Juli 2024 eine Ausschusstreise nach Namibia sowie zur Vorbereitung eine Fahrt nach Berlin durchzuführen und unter den Obhut der Einzelheiten der Reiseplanung abzustimmen.

* * *

13 Gesetz zur Zustimmung zum Staatsvertrag über die Vereinigung der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts, und der LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Anstalt des öffentlichen Rechts, zur LBS Landesbausparkasse NordWest, Anstalt des öffentlichen Rechts, und über die LBS Landesbausparkasse NordWest und zur Änderung der Landeshaushaltsordnung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/3482 (Neudruck)

(Der Gesetzentwurf wurde am 29.03.2023 nach der ersten Lesung mit den Stimmen aller Fraktionen an den Hauptausschuss – federführend – sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.)

Yvonne Gebauer (FDP) beantragt eine Präsenzanhörung.

Daniel Hagemeier (CDU) regt mit Blick auf den engen Zeitrahmen eine schriftliche Anhörung an.

Vorsitzender Klaus Vossemer unterstreicht, der Gesetzentwurf müsse bis zur Sommerpause verabschiedet werden, weshalb er dann eine Sondersitzung anberaume.

LMR Martin Fischer-Appelt (FM) erläutert, der Antrag auf Genehmigung der Fusion müsse bis zum 31. August beim Finanzministerium eingegangen sein, um die rückwirkende Verschmelzung auf den 1. Januar 2023 zu ermöglichen. Andernfalls müssten die Träger in neue Verhandlungen einsteigen, was bei beiden hohe Kosten verursachen und viel Personal binden würde. Er gibt zu bedenken, das erforderliche Zustimmungsgesetz müsse auch noch veröffentlicht werden, in Kraft treten, und die Ratifikationsurkunden müssten ausgetauscht werden.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) schlägt eine Sondersitzung zur Auswertung einer schriftlichen Anhörung vor. Auch bei einer schriftlichen Anhörung werde man wohl kaum Stellungnahmen bis zur nächsten regulären Sitzung am 11. Mai erhalten.

Yvonne Gebauer (FDP) erklärt sich mit einer schriftlichen Anhörung einverstanden, sofern ausreichend Zeit bleibe, die Sachverständigen zu benennen, die ihre Stellungnahmen in ausreichender Zeit verfassen könnten, die der Ausschuss sodann mit ausreichender Zeit in einer Sondersitzung bewerte.

Der Ausschuss kommt überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und sie im Rahmen einer Sondersitzung auszuwerten.

